

„Auszeit“?

hlz 9-10/19, S.6

Lieber R., lieber M.,
zunächst einmal: Ich möchte nicht die Arbeit von Kolleginnen und Kollegen in der Ausbildungsvorbereitung kritisieren oder bewerten. Davon unabhängig muss man sich doch aber fragen, was die Ausbildungsvorbereitung für die Jugendlichen bedeutet. Ihr vergleicht die Ausbildungsvorbereitung mit einer Auszeit von Abiturienten, die nach dem Abi erst einmal nichts machen oder herumreisen. Der Vergleich hinkt und verharmlost. Denn die Schulabgänger_innen wollten nicht eine „Auszeit“ in der Ausbildungsvorbereitung nehmen, schon gar nicht als freiwilliges Projekt, sie wollten eine Ausbildung beginnen. Weil der Ausbildungsmarkt versagt, werden sie gezwungen, die Ausbildungsvorbereitung zu besuchen. Diese Ausbildungsvorbereitung ist in den 1970er Jahre nur deshalb entwickelt worden, weil damit die Schulpflicht erfüllt

wird und der Staat sich danach nicht mehr um die Jugendlichen kümmern muss. Ich meine, alle Jugendlichen, auch – wie Ihr es bemerkt – „mit mittelmäßigem ersten Schulabschluss“, haben ein Recht auf eine Ausbildung.

Es ist betrüblich, dass die Statistiken ein so schlechtes Bild von der Ausbildungsversorgung der Jugendlichen in Hamburg zeichnen. Eurer Aufforderung, darüber zu schweigen, kann und werde ich nicht nachkommen. Es ist im Sinne der Betroffenen besser, die Realitäten zur Kenntnis zu nehmen und sich für mehr Ausbildungsplätze zu engagieren, als die Augen davor zu verschließen.

KAY BEIDERWIEDEN

No go

Schulsenator Ties Rabe findet es problematisch, wenn Schüler_innen für eine Klassenfahrt ins Flugzeug steigen: „Klassenreisen sollen bilden, daher sind Flugreisen nicht grundsätzlich auszuschließen, aber die Anzahl

ist deutlich zu hoch! Ich appelliere an die Schulen, hier mit Augenmaß und unter Berücksichtigung des Klimaschutzes zu handeln!“ Das sieht Nele Brebeck von Fridays for Future Hamburg genauso: „Wir würden uns wünschen, dass zukünftig für Klassenreisen Ziele in Europa oder Deutschland gewählt werden und die Anreise mit dem Bus oder Zug erfolgt.“

Weihnachtsgeschenk

Schüler_innen können künftig Lehrer_innen aller deutschen Schulen online mit Sternen bewerten, so wie Uber-Fahrgäste ihre_n Fahrer_in oder Airbnb-Mieter_innen ihre Wohnungen. Dies ermöglicht eine neue App, die am 15. November online ging. Entwickelt hat sie ein Wiener Schüler mit Hilfe eines Investorenkonsortiums und einer renommierten Medienkanzlei.

billig

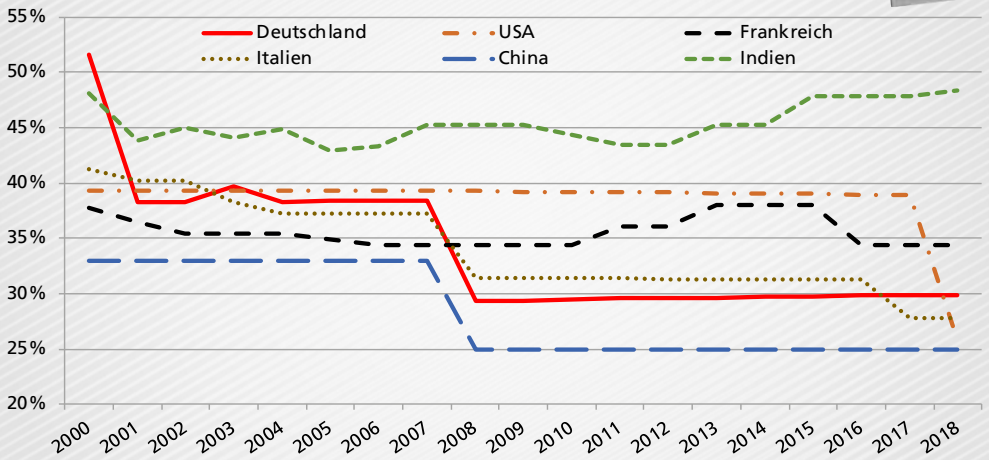
Die Hamburgische Architektenkammer schlägt Alarm. „Es ist schwierig bis unmöglich, angesichts viel zu geringer Budgets eine ausreichende bauliche Qualität und damit auch Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit beim Schulbau zu erreichen“, sagte Claas Gefroi, Sprecher der Architektenkammer. Die Architekten seien oft gezwungen, ihre Entwürfe „herunterzurechnen“, indem preiswertere, aber auch weniger nachhaltige und dauerhafte Materialien und Produkte verwendet würden. Hamburg liege im bundesweiten Vergleich der Baukosten am unteren Ende. Der Mittelwert für den Neubau einer allgemeinbildenden Schule liege bundesweit bezogen auf die Mietfläche bei 2311 Euro. Gefroi präzisiert: „Nach Recher-

erfolgreich

Die Volksinitiative „Schuldenbremse streichen! Soziale Wohlfühlentwicklung jetzt: demokratisch, zivil, für alle!“ hat mehr als die erforderlichen 10.000 Unterschriften von Hamburgerinnen und Hamburgern erhalten und ist damit erfolgreich zu Stande gekommen. Die Bürgerschaft muss sich bis zum 24. Februar 2020 mit dem Anliegen der Volksinitiative befassen. Sollte die Volksinitiative durch die Bürgerschaft nicht angenommen werden, kann ein Volksbegehren angemeldet werden. In diesem Volksbegehren können die Hamburgerinnen und Hamburger erneut für die Streichung der Schuldenbremse unterschreiben. Für das Zustandekommen des Volksbegehrens müssen ca. 65.000 Hamburgerinnen und Hamburger innerhalb von drei Wochen unterschreiben. Dieses Volksbegehren wird voraussichtlich im Sommer, im Juli oder August, stattfinden.



Tarifliche Steuersätze auf Unternehmensgewinne



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: OECD.stat

V.i.S.d.P.: VER.DI BUNDESVORSTAND – RESSORT 1 – FRANK WERNEKE – PAULA-THIEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN

Wer weiß denn sowas? Das Einzige, was zählt, sind die Gewinnaussichten und wenn die schlecht sind, kann man die Steuersätze für Unternehmensgewinne so niedrig ansetzen, wie man will. Die gewünschten Investitionen bleiben aus. Wie war der Schnack von John Maynard Keynes, den so viele deutsche Politiker für sich beanspruchten? „Man kann die Pferde zur Tränke führen, saufen müssen sie selber!“ Damit spielte Keynes auf das im Englischen und Französischen (!) häufig benutzte Sprichwort an: “You can drag the horse to the water, but you can not force it to drink!” Und dies ist bereits verbrieft vorhanden in einer Schrift von vor nahezu 500 Jahren (!): “A man may well bring a horse to the water / But he cannot make him drink without he will.” - John Heywood: “A Dialogue of the Effectual Proverbs in the English Tongue Concerning Marriages” Part I Chapter XI (1562), edited by John S. Farmer, London 1906 p. 33

chen der Architektenkammer lagen die in den Architektenverträgen der letzten Jahre verankerten Kostenrichtwerte jedoch weit darunter, nämlich zwischen 1542 und 1765 Euro pro Quadratmeter Mietfläche“.

Brandbekämpfung

Der Senat dehnt sein Förderprogramm „KitaPlus“ für Kindertagesstätten in sozialen Brennpunkten aus: Ab 2020 sollen 35 weitere Einrichtungen von zusätzlichen Personalressourcen profitieren.

Dabei handelt es sich um Kitas, die hohe Anteile an Kindern mit nicht deutscher Familiensprache und Kindern aus sozial benachteiligten Familien aufweisen. Sie bekommen zusätzliche Mittel, um mit mehr Personal

die pädagogische Arbeit und die sprachliche Bildung und Förderung intensivieren zu können. Insgesamt stockt die Sozialbehörde die Ausgaben um rund 800.000 Euro im Jahr auf.

Nicht nur Halleluja

Bildungssenator Ties Rabe und die Spitzen der Religionsgemeinschaften stellten ein für Hamburg bundesweit einzigartiges Konzept für den Religionsunterricht vor. Während in den meisten anderen Bundesländern der Religionsunterricht nach Religionen und Konfessionen getrennt erteilt wird, setzt Hamburg auf einen gemeinsamen „Religionsunterricht für alle“. Das hat konkrete Folgen: Nicht mehr nur evangelische, sondern auch jüdische, muslimische,

alevtische und voraussichtlich auch katholische Lehrkräfte können von nun an den Religionsunterricht erteilen – vorausgesetzt, sie haben ein vollständiges Studium und ein ordentliches Referendariat absolviert. Anders als in anderen Bundesländern soll der Unterricht weiterhin ausschließlich von staatlichen Lehrkräften erteilt werden. Geistliche und Mitarbeiter der Religionsgemeinschaften bleiben ausgeschlossen.

Die Geschäftsstelle bleibt geschlossen vom 21.12.19 bis zum 1.1.20. Frohe Weihnachten und ein gutes und glückliches neues Jahr!

